

# Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 9.

Leipzig, den 29. Februar.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Platze einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolsge am Markt, C. Reichert Gaimstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes C. W. Bollrath Bindmühlenstr. 14. Für Dresden Filialexpedition F. W. Grellmann Wallstraße 10.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Unser Herr Finanz- und Verfassungsminister. — Der Nothstand in Ostpreußen. — Die Wiederherstellung Polens. — Aus England. — An die Mitglieder der internationalen Arbeiterassoziation. — Vermischtes.

## Politische Uebersicht.

Hoffend oder fürchtend sind alle Augen auf Frankreich gerichtet, das die Frage: Frieden oder Krieg? entscheiden wird. Und was erblicken wir da? Revolutionäre Szenen in den Straßen von Paris, und stürmische Kammerdebatten, die den Beweis liefern, daß eine tiefe, unübersteigliche Kluft das Volk von der Regierung trennt. Der zwanzigste Jahrestag der Februarrevolution, vor dem man in den Tuileries große Angst gehabt hatte, ist zwar ruhig vorübergegangen, aber das Volk hat zu viel Originalität, um gleich dem Kaiserreiche des zweiten Dezembers Geschichte nach dem Kalender zu machen. Zur Beschwichtigung der erregten Leidenschaften werden Gerüchte von „liberalen Reformen“ ausgesprengt. Mag sein, daß es der Regierung ernst damit ist. Doch, wenn auch den Willen, so hat sie nicht die Macht zur Umkehr. Conzessionen, und wären es die weitestgehenden, genügen der Demokratie nicht. Sie steht dem Cäsarismus in unveröhnlicher Feindschaft gegenüber, und kann nicht mit ihm paktiren, weil sie die Grundlage zerstören muß, auf der er ruht. Abdankung des Kaisers, freie Volkswahl, — das ist das einzige Mittel, durch welches die Demokratie zu entwaffnen wäre. Also Selbstmord. Ein solcher ist aber von Bonaparte nicht zu erwarten. Viel wahrscheinlicher, daß er die Demokratie durch einen Krieg zu lähmen versuchen wird. Zog doch auch Graf Bismarck, als er vor 2 Jahren dem Andrängen des liberalen Geistes nicht länger friedlich widerstehen konnte, den Krieg der Abdankung vor. Und er hatte keine Krone zu verlieren, obgleich er eine auf's Spiel setzte. —

Die ehrengerichtliche Untersuchung, welche feststellen sollte, ob eine Anzahl französischer Blätter von Preußen Geld empfangen, hat sich natürlich im Sand verlaufen. Derlei Dinge werden nicht vor Zeugen abgemacht, und Geber und Nehmer haben ein gleiches Interesse zu schweigen. —

Die neueste Volkszählung in Preußen zeigt, daß die Bevölkerung nicht in der normalen Weise zugenommen hat. Im kalten Schatten des Militarismus gedeihen Ackerbau und Industrie nicht, aus denen allein Wohlstand und damit die Möglichkeit einer steigenden Bevölkerung erwachsen kann. In ganz Preußen, nicht bloß in Ostpreußen, herrscht Elend und Noth — das gestehen selbst die Anhänger der Regierung zu. —

Graf Bismarck hat sich noch nicht wieder gesund melden lassen. Er scheint übrigens wirklich etwas krank zu sein, wenigstens ist seinen jüngsten staatsmännischen Versuchen eine gewisse Schwäche und Unsicherheit anzumerken; die Furcht vor einem Krieg mit Frankreich, welche nur sehr nothdürftig durch das offiziöse Gepolter über die Kundgebung in Sieging und die bekannte Paßangelegenheit verdeckt wird, hemmt ihn offenbar in allen Bewegungen. Für die Revolution von Oben gilt aber dasselbe Gesetz, wie für die Revolution von Unten — ihr einziges Heil liegt in der Offensive. Vom Moment an, wo sie zur Defensiv übergeht, sich auf die Vertheidigung beschränkt, ist sie verloren. Und Graf Bismarck ist jetzt zur Defensiv gezwungen.

Daß er auf Süddeutschland nicht rechnen kann, das zeigen ihm die Wahlen zum Zollparlament. Nicht besser ist es ihm in Italien ergangen, dessen Regierung sich in der hilflosesten Vasallenschaft von Frankreich befindet. Wie vollständig er auf die Hoffnung, die Italienischen Einheitsmänner (sei es der „Aktionspartei“, oder der Regierung) für sich zu gewinnen, verzichtet hat, erhellt aus seinem Liebäugeln mit dem päpstlichen Stuhl. —

In Baden, wie in Bayern klägliche Niederlage der Gothaer (Nationalliberalen) bei den Wahlen zum Zollparlament (das beiläufig am 16. März zusammenkommen soll); und hier wie dort in Ermangelung einer organisirten Demokratie Sieg der konservativ-kirchlichen Partei. —

In Württemberg hat ein Theil der Volkspartei sich trotz des zweifachen Beschlusses der Landesversammlung zum Wählen entschlossen, und allem Vermuthen nach wird der andere Theil diesem Beispiel folgen. Auch aus Hessen gute Nachrichten. Kurz überall in Süddeutschland befreit sich das Volk von dem Großpreussischen Krankheitsstoff. Aus Verzweiflung über den Ausfall der Wahlen, und um militärisch zu retten, was durch „moralische“ Mittel d. h. durch Gothaer Lug und Trug nicht mehr zu halten ist, hat der Großherzog von Baden einen preussischen General zu seinem Kriegsminister ernannt. Frankreich soll deshalb schon in Berlin „angefragt“ haben. Ebenso Oesterreich, das bekanntlich in nachdrücklichster Weise gegen jede Ueberschreitung der Mainlinie protestirt hat. —

Die Thronrede, mit welcher der König von Württemberg die Kammern schloß, „beklagt, daß das Band zerrissen ist, welches Jahrtausende lang die deutschen Stämme vereinigte“, und „beklagt vor Allem das Ausscheiden Oesterreichs, des schönen Reichs, das so lange seine Geschichte mit uns getheilt.“ Nach einer solchen Auslassung gehört eine starke Dosis „Real-

politik" dazu, um den Preussisch-Württembergischen Militärvertrag für etwas anderes als Makulatur zu halten. —

Der englische Premierminister, Lord Derby, hat aus Körperschwäche sein Amt niedergelegt, und Disraeli ist von der Königin mit Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt worden. Disraeli ist zwar kein so entschiedener Gegner des russisch-preussischen Bündnisses, wie Lord Derby, allein seit dem Tod Palmerston's giebt es in England keinen Staatsmann, der im Stand wäre, für den Fall eines europäischen Krieges eine Allianz Englands mit Frankreich und Oesterreich zum Schutz des türkischen Reichs zu hinterreiben. —

Inzwischen dauern die russischen Machinationen gegen die Türkei fort, und es ist ziemlich gewiß, daß der erste Kanonenschuß am Rhein das Signal für das Einrücken der Russen in die Donauprovinzen sein würde. Dann hätten wir folgende Staatengruppirungen: Auf der Einen Seite Frankreich, England, Oesterreich und die Türkei, auf der anderen Rußland und Preußen; neutral: Italien, die übrigen fremden Mächte unwichtig; die Haltung Süddeutschlands erst durch die Kriegsereignisse bestimmt. Von dem muthmaßlichen Einfluß der Völker auf das Endresultat wollen wir heute nicht sprechen. —

Nach einem unterseeischen Telegramm aus Amerika ist der Conflict zwischen dem Präsidenten und den Volksvertretern der Vereinigten Staaten endlich zur Krise gekommen, indem das Repräsentantenhaus die Versekung des Präsidenten in Anklagezustand genehmigt hat. Da der Präsident über kein stehendes Heer verfügt, das stark genug wäre, den Volkswillen zu unterdrücken, und da die Bürger der Vereinigten Staaten die Gesetze achten, welche sie sich selbst gegeben haben, so kann höchstens ein alter Faselhans, wie Gerstäcker, an die Möglichkeit eines Staatsreichs glauben. Herr Johnson wird sich fügen, oder von dem ersten besten Polizeibeamten verhaftet werden. Wir Europäer können das freilich schwer begreifen; sind wir doch daran gewöhnt, daß, wenn es dem Staatsoberhaupt einfällt, das Gesetz mit Füßen zu treten, dem Volk keine andere Wahl bleibt, als entweder geduldig den Nacken zu beugen, oder eine Revolution zu machen, die den Staat in seinen Grundfesten erschüttert. In Amerika hat das Gebahren des Präsidenten nicht einmal die Staatspapiere zum Sinken gebracht. —

Wegen Abdruckes einiger den Nothstand in Ostpreußen betreffenden Sätze in Nr. 2 des „demokratischen Wochenblattes“ ist die „Frankfurter Zeitung“ zu 30 Gulden Strafe oder 6 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Von dem Prozeß sei hier nur bemerkt, daß der Staatsanwalt, gestützt auf eine Erklärung des Oberpräsidenten von Schleiß, steif und fest behauptete, im Jahre 1848 seien in Schlesien keine Hungerkrawalle vorgekommen, und hätten folglich auch nicht „blaue Bohnen“ statt Brod von den väterlichen Behörden verabreicht werden können. Der geschichtskundige Vertreter des Intelligenzstaates hatte keine Ahnung davon, daß diese Kurmethode vier Jahre früher, im Sommer 1844, angewendet worden war.

Am Abende des 24. Februar tagten in Dresden gleichzeitig in zwei verschiedenen Localen: der Innungsmeisterverein, um über die Vorbereitungen zum Norddeutschen Handwerkerstage zu berathen, der im Mai d. J. in Dresden zusammentreten will; und der Verein der Gesellendeputirten — um die Schritte zu erwägen, welche die Mitglieder der von ihnen vertretenen Krankenkassen in Folge der von der Regierung vorgelegten und von der zweiten Kammer bereits genehmigten Abänderungsbestimmungen zum Gewerbegesetz wei-

ter zu thun haben würden. Das Abänderungsgesetz bringt in §. 15 die Erfüllung eines sehnlichen Wunsches der seither zur Passivität verurtheilten Hauptinteressen vieler Gesellenkrankenkassen, indem es die letzteren der Verwaltung durch die Innungsmeister entnimmt, und der Selbstverwaltung der Betheiligten überweist. In der Voraussetzung, daß sich unter den Meistern noch eher als unter den Gesellen befähigte und Garantien leistende Verwalter finden dürften, hatte das Mandat vom 7. Dezbr. 1810 die für die Zeit ihrer Einführung vielleicht gerechtfertigte dermalige Einrichtung getroffen. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat indeß in vielen Fällen gerade das Gegentheil jener Annahme zu Tage gebracht. Verschiedene Kassen geriethen unter der Verwaltung der Innungsmeister in heillose Verwirrung. Es fanden sich Defecte, zu deren Deckung die verwaltenden Meistergenossenschaften erst nach vielem Widerstreben durch behördliches Einschreiten vermocht wurden. Die zur Mitcontrole berufenen Gesellen-Deputirten wurden einfach bei Seite geschoben.

Die Lasten der Mitglieder wuchsen und die Kassen kamen nach erhöhter Steuerung mehr und mehr in Verlegenheiten, aus denen ihnen dann die Innungskasse (gegen gute Zinsen) helfen mußte. Die patriarchalische Uneigennützigkeit und Unentgeltlichkeit der Verwaltung erwies sich, bei Licht betrachtet, als eine anderweite Anwendung der in den Innungen selbst, zum großen Schaden der gemeinsamen Angelegenheiten, eingerissenen Praxis, die Verwaltungstellen um des damit verbundenen Gehührens willen als Almosenposten an Erwerbsunfähige zu vergeben.

Lange Zeit waren solche Zustände von den ihre Rechte nicht kennenden Gesellenschaften geduldig ertragen worden. Eine in den letzten Jahren aufgekommene neue Belästigung machte dieser Geduld ein Ende. Unfähig, die nicht zu den Innungen gehörenden selbstständigen Gewerbsgenossen ihren Groll fühlen zu lassen, wandten sich die Meister verschiedener Innungen gegen die Gehülfsen jener Concurrenten, indem sie dieselben, gleichviel ob mit zünftigem Lehrbrief ausgestattet oder nicht, aus den Innungskassen austießen und sie geradezu zwangen, sich auf eigene Füße zu stellen.

Die Lehre blieb nicht unverloren. Allgemach begann die Ueberzeugung, daß man ohne die Meister fertig werden könne und zugleich, der sonstigen alten Beschwerden entbunden, ohne sie besser fahren würde, allenthalben durchzudringen. Der schwierigen Stellung eingedenk, welche die Bestrebungen der einzelnen Gesellenschaften bei ihren Beschwerden gegen die Innungen der Meister bisher gehabt hatten, schlossen sich zur Erkämpfung der gesetzlich garantirten Selbstverwaltung die Vertreter verschiedener Gewerbe zu einem Verein zusammen, welcher außer dem negativen Ziele: Beseitigung der Meisterverwaltung zugleich das positive verfolgte, durch Mittheilung der gemachten Erfahrungen und gemeinschaftliche gegenseitige Besprechung der zu adoptirenden Grundsätze der künftigen Reform praktisch vorzuarbeiten. Was die Gesetzgebung bei Umgestaltung der städtischen Verfassung durch die allgemeine Städteordnung, das versucht der Dresdner Deputirtenverein durch eigene Bemühungen in einem bereits vor längerer Zeit bei der Regierung zur Bestätigung eingereichten „Generalstatut“ \*) zu Stande zu bringen. Das bei dieser Sache von den Arbeitern an den Tag gelegte Verständniß ihrer Bedürfnisse hat sicher ebensoviel Antheil an dem Zustandekommen der Gesetzesvorlage, welche, in Abänderung der gewerbegesetzlichen Bestimmungen, den Arbeitern die Selbstverwaltung ihrer Krankenkassen überträgt, als die unablässig auf Erreichung dieses

\*) Wir werden dasselbe in nächster Nummer wörtlich mittheilen.

Zielese gerichteten Wünsche. Die betreffenden Bestimmungen lauten:

§. 15. An die Stelle von §. 97 bis §. 100 des Gewerbegesetzes treten folgende Bestimmungen:

- 1) Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter sind verpflichtet, zu einer Kasse Beiträge zu zahlen, deren Zweck die Unterstützung in Krankheitsfällen und die Bestreitung von Beerdigungskosten ist.
- 2) Vorliegender Verpflichtung wird genügt durch den Nachweis der Betheiligung bei irgend einer der zur Erreichung der bezeichneten Zwecke bestehenden oder noch zu errichtenden Kassen, welche den allgemeinen Voraussetzungen der Sicherheit nach Einrichtung und Mitgliederzahl entspricht.
- 3) Soweit durch die bestehenden oder durch die Betheiligten noch zu errichtenden freiwilligen Kassen dem Bedürfnisse nicht genügt wird, ist von Seiten der Obrigkeit zu Bildung von Kassen zu schreiten, zu welchen dann sämtliche, keiner andern Specialkasse angehörende Gehilfen und Fabrikarbeiter zu steuern verbunden sind.
- 4) Soweit es sich um die Krankenpflege handelt, kann der Zweck auch durch die Verpflichtung zu regelmäßigen Beiträgen an ein für den Ort oder den Bezirk bestehendes Krankenhaus erreicht werden.
- 5) Das Mandat vom 7. December 1810 wird aufgehoben. Die nach demselben begründeten Kassen können zwar als freiwillige fortbestehen, haben aber ihre Statuten nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung durch Vertreter der Betheiligten umzugestalten. Im Falle der Auflösung einer solchen Kasse fällt das etwa vorhandene Activvermögen derselben der nach Punkt 3 errichteten allgemeinen Bezirkskasse zu.
- 7) Arbeitgeber können sich nicht weigern, retirirende Beiträge zu einer Krankenkasse auf Anlangen der Kassenverwaltung dem Arbeiter vom Lohne zu kürzen und an die Kasse abzuliefern. Bestreitet der Arbeiter die Verbindlichkeit, so ist die Differenz zur Entscheidung nach §. 103 des Gewerbegesetzes zu bringen.

Die Durchsprechung dieser Punkte und die Hervorhebung der aus dem Zerfall der kleineren Kassen, deren Vermögen eventuell an die Bezirksklassen gelangen würden, der jungen Selbstverwaltung drohenden Gefahren, sowie die Nothwendigkeit dieser Gefahr durch rechtzeitige Initiative zu begegnen, bildete den Gegenstand der Verhandlung im Deputirtenverein und wird den Gegenstand einer nach Beschluß desselben demnächst einzuberufenden allgemeinen Arbeiterversammlung bilden, über deren Verlauf wir seiner Zeit berichten werden.

## Unser Herr Finanz- und Verfassungsminister.

Den Zusammenhang der Besteuerungsweise mit dem Vorkommen bestimmter Classeninteressen in der Volksvertretung hat ein Artikel in Nr. 5. d. Bl. an der Zusammenfassung der sächsischen Kammern und der ihrem Geschmacke entsprechenden Vertheilung der neuen Steuerlast nachgewiesen. Personalisirt ist dieser Zusammenhang in dem Minister, von welchem die betreffenden Steueranlagen ausgehen und welcher zugleich als Minister des Innern im Cabinet von 1849—50 an der Wiederherstellung der alten ständischen Vertretung hauptsächlich theilhaftig war.

Von allen den Unterzeichnern des „Sisirungspatents“ vom 3. Juni 1850 ist nur noch Herr von Friesen im Amte. Der Justizminister Dr. von Schinsky ist verstorben, der damalige Finanzminister Dr. von Behr vor Ausbruch der Krise von 1866 in den Ruhestand getreten, der Kriegsminister von Rabenhorst ihm aus Anlaß derselben dahin nachgefolgt. Herr von Beust hat als österreichischer Minister einen seinen sächsischen Antecedenten entgegengelegten Weg eingeschlagen, indem er von der durch seinen Vorgänger bewirkten „Reaktivierung“ des Hof- und Adelsregiments wieder zur Februarverfassung zurückkehrte. Sachsen hat noch heute seinen Belcredi und seinen „außerordentlichen Reichsrath“, d. i. — aus dem Oesterreichischen ins Sächsische übersezt — seinen Friesen und seinen reactivirten Landtag.

Jahrelang haben die Unterzeichner des Junipatents zusammengewirkt. Sie führten gegen die aufstrebende Geistesrichtung auf allen Gebieten einen systematischen Krieg. Wie viel davon auf Rechnung jedes Einzelnen kommt, ist schwer zu sagen. Nur, wo sich ihre Wege trennten, wo es sich um spezifische Ressortfragen handelte, läßt sich die persönliche Thätigkeit, die Besonderheit der Auffassung von der gemeinschaftlichen Cabinetspolitik scheiden.

Hinsichtlich des Herrn von Friesen trat dieser Fall zuerst ein in der deutschen Krise, die vor 17 Jahren dem preußischen Nordbundsversuche (Dreikönigsbündniß) ein Ende machte. Abgeneigt der Preussischen Widerstandspolitik, welche indeß, wie man sagt, der Gesinnung des verstorbenen Königs mehr entsprach und schließlich den Sieg davon trug, schied er aus dem Cabinet. Sein Nachfolger, (wenn auch nicht in der Verwaltung des Innern, das durch Tausch gegen das Cultusdepartement an Herrn von Beust überging, so doch im Ministerrathe) war der Mann, welcher in den Jahren vor 1848 die politische Verwaltung des Innern in einem, der früheren Toleranz entgegengelegten Sinne geleitet hatte und von den Stürmen des März hinweggefegt worden war — Herr von Falkenstein. Die Gothaer, welche sich verpflichtet fühlten, Herrn von Friesen wegen der Ursache seines Rücktritts immer eine mildere Beurtheilung angedeihen zu lassen als den anderen Theilnehmern an dem Acte vom 3. Juni 1850, mochten ihn als das liberalere Element im Ministerium, sein Ausscheiden als einen weiteren Schritt auf der Bahn der Reaction darstellen — uns scheint diese Meinung jedes sachlichen Grundes zu entbehren. Herr von Friesen hatte den Vormärz im Ständesaale restauriren helfen: die logische Consequenz forderte, daß er auch im Ministerium seinen Platz wieder erhielt.

Der Tod des Justizministers, Dr. von Schinsky, führte Herrn von Friesen ins Ministerium zurück, nicht in das früher von ihm verwaltete Departement des Innern, das Herr von Beust nicht wieder hergab, sondern in das der Finanzen, das der an die Spitze der Justiz versetzte Dr. von Behr ihm einräumen mußte. Schon damals betrachtete man seine Wiederkehr als den Anfaß zu einer künftigen Opposition im Cabinet gegen die Preussische auswärtige Politik. Bei dem einzigen politischen Gegenstande, welcher die gemeinschaftliche Thätigkeit beider Minister zunächst in Anspruch nahm, dem französischen Handelsvertrage, kam es zu keiner Differenz, da Beust auf diesem Gebiete den Kampf mit Preußen-Frankreich, nachdem Oesterreich in Italien unterlegen war, nicht aufnehmen mochte.

Im Staatseisenbahnbau bekundete schon damals der neue Finanzminister zum mindesten die Abwesenheit jeder politischen Auffassung, indem er den Verbindungen mit Thüringen Schwierigkeiten in den Weg legte und gegen den Ausbau verkehrsloser Localbahnen die noch heute unvollendete wichtige Stamm- und Hauptlinie Dresden-Freiberg-Chemnitz-Hof hintansetzte. Ihr Nichtvorhandensein dürfte im Jahre 1866 wohl noch schwerer in die Waagschale gefallen sein, als der von den Bayern so stark betonte Mangel gewisser Verbindungen in der Rhöngegend.

Räumung des Landes war bekanntlich Parole beim Ausbruche des Kriegs.

Kein „Nothbuch“ hat bis jetzt nachgewiesen, von welcher Seite sie ausging. Daß es in Dresden an entscheidender Stelle nicht ohne starke Schwankungen abging, konnte auch dem bloßen Zeitungsleser nicht verborgen bleiben.

Einigen Anhalt giebt die Theilung des Ministeriums, wobei die präsumtiv für Preußen weniger anhängigen Elemente, Friesen und Falkenstein, als Landesregierung in Dresden

zurück blieben, während die „Undankbaren“ von 1849, die denn auch beim Friedensschlusse weichen mußten, Beußt und Rabenhorst, dem Hof und Heerlager folgten.

Herr von Friesen hat als Nachfolger Beußts den Frieden mit Preußen geschlossen. Ob das Werk den Minister lobe, wird je nach dem Standpunkte verschieden beurtheilt werden. Er hat als Bevollmächtigter und stimmführendes Mitglied des Bundesraths Sachsen vertreten in dem weiteren diplomatisch-parlamentarischen Kampf um die einzelnen Attribute seiner Selbstständigkeit. Von der Energie seiner Verttheidigung ist leider nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen. Dagegen lebt in der Erinnerung aller Derer, welche den Reichstagsdebatten folgten, die Rede, mit welcher er zur Preisgebung einer gemeinnützigen sächsischen Einrichtung, des Künzspennigportos, aufforderte. Mag der Gegenstand minder wesentlich erscheinen! Wer im Großen keine Fortschritte aufzuweisen hat, thut sicher gut, die kleinen, die er voraus hat, desto höher zu halten.

Herr von Friesen scheint den Borrath sächsischer Vorzüge für sehr groß zu halten, da er nach allen den Einschränkungen, welche dieselben durch die Bundesverfassung erlitten haben, als Finanzminister nunmehr auch an die im Vergleich mit Preußen niedrigeren Steuern die Hand legt. Doch das ist ein Gegenstand, der besonderer Ausführung bedarf und sie im Wesentlichen in den „Kritischen Bemerkungen“ des Reichstagsabgeordneten Schrapz zu der, soeben auch durch die erste Kammer gegangenen Gewerbesteuer-Novelle gefunden hat. Für uns ist sie nur eins der Momente, welche die Politik des Mannes, der gegenwärtig die Seele der sächsischen Regierung ausmacht, verstehen lehren.

Bruch mit dem Volkrecht, Beeinträchtigung der moralischen und materiellen Erhaltungsmittel unsrer Staatsindividualität, Entgegenkommen gegen den mächtigen Nachbarstaat, in welchem die letztere aufzugehen droht — das ist das harmonische, für uns aber durchaus nicht erfreuliche Bild der fast 20 Jahre zurückreichenden Wirksamkeit unsres Herrn Finanz- und Verfassungsministers.

## Der Nothstand in Ostpreußen.

Aus Ostpreußen.

Noth und Nothstand — Jammer und Glend — schlechtes Wetter und Hunger-Typhus — Siechthum und Tod — Staats-hülfe und Murrach — bodenlose Armuth und 25 Millionen an die Deposediten, 1 Mill. an den König und Millionen an die Minister, Generale, Präsidenten und wer sonst von solchen Herren in Noth und Nothstand sich befindet! Da haben Sie die kurzen Lapidar-Unterschriften zu den neuesten Illustrationen im Preußen-Tempel! Und die Bilder mit den harten Strichen und den schauerlichen Schlagschatten sind genau nach dem Leben gezeichnet; deutlich genug erkennt man die aus den schlottrigen Leibern gequälten Seelen. Aber was hilft's? Um den Altar tanzt das wahnsinnige Volk und schindet sich und opfert sein Menschenthum, seine sittliche Würde dem absoluten Königthum und Ministerthum, dem „Ruhm und der Ehre“, dem „Glanz und der Macht“, welche einem Herrn und seinen Knechten Glitter und recht reelle Genüsse gewähren. Wir, wir haben den Nothstand und die Hungerpest! —

In Briefen aus Deutschland findet man fast regelmäßig die kürzer oder länger gesponnene Frage, ob es denn wirklich wahr, daß bei uns eine so furchtbare Noth herrsche, daß der Hunger in leibhaftiger Gestalt jegliche Kraft des Leibes und der Seele aus dem Menschen schaffe und gar geradezu todt mache? Zwar stehe es in unsern besten Zeitungen zu lesen,

aber — pardon, Berehrtester! — das kann man doch nicht glauben, weil es einmal unmöglich in diesem großen, schönen, berühmten und starken Preußen. Den Blättern der Regierung und der Feudalpartei zu glauben, nähmen sie Anstand; denn deren wahres Lebens-Element sei von jeher die Lüge; aber — bitte nochmals um Verzeihung! — diesmal machen sie ganz entschieden den Eindruck der Wahrhaftigkeit, — sie mutheu uns nicht zu, das Unmögliche zu glauben. — Trifft man bei uns zu Lande einen fatten Partikulier, einen blühenden Kommerzienrath, einen überwiegigen Beamten oder eine fein und warm gekleidete Dame, gleichviel, ob sie bigott oder weltlich gesinnt ist, so kann man dieselben Zweifel aussprechen, ja mit allem Eifer die Behauptung verfochten hören: Ja, die Noth sei gar nicht so groß; knapp zwar müßten sich die Leute einrichten, aber das müsse Jeder, — in unserm wohlgeordneten Staate könne keiner verhungern, und wenn's wirklich einige Familien gäbe, welche außerordentliche Noth litten, so wäre das nur die Folge von ihrer Trägheit, ihrer schlechten Wirthschaft und andern selbstverschuldeten Verhältnissen. Das wärc aber durchaus nichts diesem Jahre Eigenthümliches, sondern käme in jedem Winter vor. — Am merkwürdigsten ist aber die Behauptung — und sie wird am eifrigsten verfochten — daß gerade die Arbeiter-Bevölkerung die geringste Noth leide, also auch einer Unterstützung im großen und ganzen nicht bedürftig sei. —

Und die so sprechen, sind häufig noch die Gutmützigsten, haben meistens keine Uniformen und keinen Orden. Wer einen Rock mit stehendem farbigem Kragen und einiger Stickerei trägt, oder auch nur im Schranke hat, oder ein bürgerliches Knopfloch mit buntem Bändchen zeigt, der hört und spricht nicht von der Noth, der dekretirt sich dieselbe einfach fort.

Diese große Lüge vom preussischen Staat hat's verschuldet, daß man im größten Theile der Provinz erst so außerordentlich spät mit der Unterstützungs-Thätigkeit begann, namentlich im Regierungsbezirk und der Stadt Königsberg, und daß, als man hiermit doch beginnen mußte, die Organisation bis heute sehr mangelhaft, ja geradezu unzumuthig geblieben ist.

Denn auf der Straße entdeckt man die Noth nur in den seltneren Fällen, nur zufällig. Man muß in die Volksschulen gehen und man wird die bleichen, magern, halb geschwollenen und halb nackten Kinder treffen; man muß in den Städten in die Leihämter oder — noch besser — zu jenen heimlich ihr Wesen treibenden Verleihern gehen, welche alles als Pfand für ein paar Groschen nehmen, und es wird sich jedem fühlenden Menschen das Herz umkehren, wenn er diese Jammergestalten sieht und die Armseligkeiten, die dünnen Betten und die unentbehrlichen Kleidungsstücke, welche sie bringen, und weinend bitten, daß man ihnen darauf einige Groschen leihe; — man muß endlich in die Wohnungen treten und man wird das Glend in seiner furchtbarsten Gestalt kennen lernen, ein Glend, vor dem auch hartgefottene Menschen am liebsten ihre Augen schließen. Männer, welche die Verhältnisse unserer ärmeren Bevölkerung seit Jahren genau kennen und schon manchen Unglücksfälle in ihrem Leben haben sehen müssen, wurden mit Recht auch in diesem Jahre für die geeignetsten gehalten, den Nothstand in den einzelnen Familien festzustellen, und danach die Unterstützung zu bemessen. Aber schon nach wenigen Tagen erklärten alle einstimmig: das, was sie gesehen ginge denn doch über alles Denken und Vermuthen, und der Begriff des Unmöglichen höre vollständig auf. Mit Schaudern meinen, ihre Nerven ertrügen das nicht und sie müßten die Besuche einstellen. Dazu kommt, daß die Unterstützungsarbeit

bei den einzelnen meistens schon in wenigen Tagen so riesige Dimensionen annimmt, daß auch der fleißigste und menschenfreundlichste „Nothstand-Kommissarius“ sie nicht zu bewältigen vermag. So ist's gekommen, daß bereits mehrere Männer, welche wegen ihrer unermüdbaren Thätigkeit in öffentlichen Angelegenheiten bekannt sind, erklärt haben, nicht weiter sich mit dem Nothstand befassen zu können, daß mehrere eifrige Damen vom Frauen-Verein geradezu in Verzweiflung geriethen, und daß endlich niemand mehr geneigt ist, die überaus schwierige Aufgabe zu übernehmen. Deswegen sind's verhältnißmäßig auch sehr wenige Personen, welche die ungeheure Last der Arbeit tragen und darunter fast erliegen.

Hierzu kommt noch, daß alle unsere Mittel zur Bekämpfung der Noth verschwindend klein sind. Wohl thut die Privatwohlthätigkeit in ganz Deutschland sehr viel für uns; aber was will das alles heißen, wenn man erwägt, daß mindestens eine Million Menschen in der Provinz der Unterstützung höchst dringend bedürftig sind? Was will es z. B. für Königsberg heißen, wenn für ungefähr 20,000 hilfsbedürftige Menschen etwa 7000 Rthlr. zur Verfügung gestellt worden sind, und von dieser Summe wahrscheinlich die Hälfte noch in Arbeitsmaterial gesteckt worden ist und nicht wieder flüssig gemacht werden kann? Denn hartnäckig hält man im großen und ganzen an dem Princip fest, daß nur mittelst Arbeit unterstützt werden darf. Dagegen wäre nichts zu sagen, wenn die Volkswirtschafts-Bedanten nur früher und mit bedeutenderen Kapitalien ihre Arbeit angefangen und rechtzeitig für genügenden Absatz gesorgt hätten. Jetzt ist aber diese Art der Unterstützung eine Thorheit, ja, ein unglücklicher Mißgriff. Von der mit so vieler Emphase und bis zum Ueberdruß von den Officiösen breitgetretenen Staatshilfe ist aber äußerst wenig zu spüren, und niemand hat zu derselben Vertrauen.

Wo soll das endlich hin? fragt Jeder, der die Zahl der Unterstützungs-Bedürftigen mit den äußerst geringen Mitteln in Verhältniß zu bringen sucht. Ja, wer weiß das? Wer vermag auch nur eine Vermuthung auszusprechen, zumal wenn man erwägt, daß die Zahl der Nothleidenden von Tage zu Tage steigt, daß nicht darauf zu rechnen ist, es werde lange vor der nächsten Ernte der Verdienst das nothwendige Bedürfniß der Einzelnen decken, wenn man endlich erwägt, daß ein außerordentlich großer Theil der Armen so geschwächt ist, oder ganz krank darniederliegt, daß an eine Wiederaufnahme der Arbeit in Monaten nicht gedacht werden kann. Denn fast in jeder Wohnung findet man Sieche, Geschwollene und schwer Erkrankte, und meistens gleich mehrere in einer Familie. Gerade dieser Umstand hat mir den größten Schrecken eingejagt, als ich durch die einzelnen Wohnungen wanderte, und darum behaupten auch erfahrene Aerzte, daß von einer Typhus-Epidemie jetzt kaum gesprochen werden könne, daß aber ihr eigentlicher Ausbruch und zwar mit Sicherheit in Bälde zu erwarten sei.

Namentlich sind's die Arbeiter in den größern Städten, für die das Schlimmste zu befürchten steht. Ihrer hat man sich zuletzt angenommen, und jetzt, da man an ihre Unterstützung geht (wie z. B. in Königsberg) ist Alles zu geben, wenn ihnen wirklich geholfen werden soll. Alles haben sie verkauft, meistens sogar die letzten Betten; ihre Kleider sind so mangelhaft, daß sie keine Arbeit im Freien übernehmen können, selbst wenn sie noch die Kraft dazu haben. Vor allem aber sind sie durch zweckmäßige Nahrung soweit herzustellen, daß sie eine übernommene Arbeit auch auszuführen vermögen, was jetzt Vielen eine reine Unmöglichkeit ist.

Der Staat muß helfen! — Ganz recht, aber welcher Staat? der zur Zeit bestehende? der aber hat gezeigt, daß er

vollständig unfähig dazu ist und daß seine Leiter nicht die geringste Lust dazu haben. Denn was that's, wenn ein paar Tausend Menschen darauf gehen — 1866 wurden mehr geopfert, und die Welt ist nicht aus ihren Angeln gerathen. — Die „Selbsthilfe“ hat in diesem außerordentlichen Falle wohl für immer bankrott gemacht, und wie die Apostel derselben verböhrt sind, hat Herr Faucher wieder gezeigt — er befand sich sogar in Opposition zu seinem Herrn und Meister!

Wird der Nothstand in Ostpreußen endlich allem Volk die Augen öffnen, auf daß es den Abgrund schaue, vor welchem wir stehen: eine große soziale Revolution?

Die sozialen Zustände der Gegenwart sind unhaltbar, und in Ostpreußen wird jetzt ein schauerlicher Beweis dafür beigebracht.

Das ist's, was unsern Nothstand so bedeutungsvoll macht, namentlich für die demokratische Arbeiter-Partei! —

## Die Wiederherstellung Polens.

### V.

Die Allianz mit Oesterreich, bei dessen Hause damals noch die deutsche Kaiserkrone war, erschien Peter dem Großen von der größten Wichtigkeit, sowohl um Deutschland zu beherrschen, als auch dem türkischen Reiche in Europa ein Ende zu machen. Er empfahl sie daher in seinem letzten Willen (Art. 10 u. 11) seinen Nachfolgern angelegentlich mit dem Bemerken, daß sie zugleich dahin trachten sollten, die Eifersucht der übrigen Fürsten gegen Oesterreich anzuschärfen. Diese Politik ist denn auch von den russischen Kaisern so getreulich befolgt worden, daß wir Oesterreich, seit es an dem Verbrechen der Zerstückelung Polens theilgenommen hatte, bis zur Unterdrückung der ungarischen Revolution im Jahre 1849, ununterbrochen in den engsten Beziehungen zu Rußland sehen. Es wurde schon erwähnt, wie Oesterreich als Dritter im Bunde der „heiligen Allianz“ von 1815 sich dazu hergab, für Rußland den Polzeimeißer in Deutschland zu spielen, eine Rolle, welche den Haß der Völker hauptsächlich auf das Haus Habsburg lenkte und dadurch nicht wenig dazu beitrug, der Vergrößerungspolitik Preußens in Deutschland Vorschub zu leisten. Indessen bezeichnet die „heilige Allianz“ nicht die Begründung der Oberherrschaft Rußlands über Deutschland. Es war nur deren Wiederherstellung, nachdem sie durch die napoleonischen Kriege zeitweilig unterbrochen worden war. Die russische Oberherrschaft über Deutschland datirt von dem Frieden zu Teschen, welcher am 13. Mai 1779 den bairischen Erbfolgestreit durch die Vermittelung Frankreichs und Rußlands beendigte. Die Kaiserin Katharina II. ließ damals 50,000 Russen an die Grenze von Galizien rücken und drohte in Oesterreich einzufallen, wenn Joseph II. nicht mit Friedrich II. von Preußen Frieden schloße. In dem Artikel 16 dieses Friedensvertrags übernahmen Frankreich und Rußland die Gewährleistung für die neue staatliche Ordnung der deutschen Verhältnisse. Ludwig XVI. wurde durch die bald darauf beginnende Revolution in Frankreich gehindert, irgend welchen Einfluß auf Deutschland auszuüben. So blieb Rußland der unumschränkte Herr Deutschlands, das seine von englischem Gelde unterstützten Machinationen zu jenen Angriffskriegen auf die Republik Frankreich trieben, welche im Jahre 1806 dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation für immer ein Ende machten.

Nichts kennzeichnet den russischen Einfluß in Wien besser als die Unthätigkeit, mit der man hier zusah, wie das Testament Peters des Großen in Bezug auf die Türkei schrittweise zur Ausführung gebracht wurde, obgleich es unstrittig für Oe-

Österreich eine Lebensfrage war und noch ist, die Mündungen der Donau nicht in eine fremde Gewalt fallen zu lassen. Als bei Navarin, in dem sogenannten Freiheitskriege Griechenlands, die türkische Flotte durch die drei Schutzmächte Rußland, England und Frankreich zerstört wurde, erschrak Oesterreich, zwar, denn es sah wohl ein, daß durch diese Schwächung der Pforte die Absichten Rußlands auf Konstantinopel nur gefördert wurden; allein Dank dem Fürsten Metternich, in dessen Tasche die russischen Dukaten klangen, geschah in Wien nichts, um aus der Rolle des Zuschauers herauszutreten. So schreibt der österreichische Gesandte bei der Pforte, Prolesch-Osten, unterm 30. August 1848: „Die Russen gewinnen Boden in den Donaufürstenthümern. Wir haben (1829, wo die Moldau und Wallachei unter lebenslängliche Hospodaren gestellt wurden) mit einer an Verrath gränzenden Unthätigkeit gestattet, daß die Donaumündungen in deren Hände fielen, und zwar zu einer Zeit, wo die Lage der Russen der Art war, daß das Kabinet von St. Petersburg jedem Vorschlage Gehör geschenkt haben würde. Die Pforte widersteht, aber Niemand deckt ihr den Rücken. Frankreich folgt dem Vorgange Englands und England ist im Einverständnis mit Rußland.“ Damals nämlich (1829) standen die russischen Vorposten allerdings nur noch zwei Stunden von Konstantinopel entfernt; allein die Armee war nur 24,000 Mann stark und ihre Vernichtung durch die Türken wäre unvermeidlich gewesen, wenn nicht flugs der preussische Gesandte, General von Müßling, nach Konstantinopel geeilt wäre und den Frieden vermittelt hätte, welcher die Oberherrschaft der Pforte über die Donaufürstenthümer zu einem Schatten abschwächte und dem dann fünf Monate später die völlige Unabhängigkeit Griechenlands folgte.

Erst seit dem Tage von Bilagos, wo die ungarische Revolutionsarmee unter Görgei vor den Russen die Waffen streckte, hat Oesterreich sich von Petersburg zu emancipiren begonnen. Wenn es nun, trotz jenes bekannten Wortes: „Wir werden Europa durch unsere Undankbarkeit in Erstaunen setzen!“ im Krimkriege neutral blieb, so geschah dies offenbar in der Erkenntniß, daß es weder England noch Frankreich mit ihrer Feindseligkeit gegen Rußland Ernst war. Den Dank für diese Neutralität bezahlte Rußland 1859 durch seine Unterstützung der piemontesischen Vergrößerungspolitik in Italien und 1866 durch die gleiche Begünstigung, die es Preußen in Deutschland gewährte. Hoffen wir, daß Oesterreich sich gegenwärtig zu einer thatkräftigern Politik aufraffen werde, obgleich die eben im Nothbuche veröffentlichten Aktenstücke über die orientalischen Angelegenheiten noch eine bedenkliche Unsicherheit und Unkenntniß Seitens des Herrn von Beust verrathen. Die orientalische Frage drängt zur Entscheidung. Der ganze Völkerbrei des Ostens, die Serben, Bulgaren, Moldauer und Walachen sind durch die russischen Umtriebe in Gährung gegen die Pforte versetzt, während die Wühlereien des Petersburger Kabinetts die Türkei in einen Konflikt mit Persien verwickelt haben. Ein Krieg mit Persien würde die Pforte in Europa lähmen und den Serben, Walachen, Moldauern, Bulgaren und Griechen freies Spiel geben, wenn die Türkei diesmal keine redlicheren Bundesgenossen findet als im Krimkriege. Indessen konstatiert das ministerielle englische Blatt „der Herald“ mit Befriedigung das vollständige Einvernehmen Englands, Frankreichs und Oesterreichs in der orientalischen Frage, und indem er die Gründe auseinandersetzt, aus denen jeder dieser Staaten ein weiteres Vordringen Rußlands gegen Konstantinopel und das Mittelmeer zu verhindern trachten müsse, weist er Oesterreich die Stelle zu, der Mittelpunkt für die neu zu bildenden Donaufürstenthümer zu werden.

Jene griechisch-slavischen Völkerstämme an der untern Donau sehen in dem russischen Kaiser das Oberhaupt ihrer Kirche, der griechisch-katholischen. Das ist das Band, welches sie an Rußland knüpfen, von dem sie ihre gänzliche Befreiung von der türkischen Oberherrschaft hoffen. Man sieht daraus, mit welchem Erfolge die russische Politik nach dem Artikel 12 gehandelt hat, der anrath, Rußland zum Centrum und Hohenpriester der zerstreuten Griechisch-Katholischen zu machen. „Wenn dies gelingt, sagt Peter der Große, so werden wir an Jedem einen Freund im Herzen unserer Feinde haben.“ Von den deutschen Schwärmern aber, die ihre Begeisterung für „das Vaterland des Perikles“ in den Kampf für die Unabhängigkeit Griechenlands trieb, hat wohl keiner geahnt, daß er sein Blut für Rußland vergoß. Der ganze Philhellenenschwindel hatte seine Duntz- und Rebelquelle in Petersburg, und Kapodistria war der Windmacher, dessen sich Rußland bediente, um Europa für die Freiheit der „edlen Griechen“ zu entzünden. Die „edlen Griechen“ selbst sahen den Dingen besser auf den Grund, als die Rationalversammlung des befreiten Griechenlands am 23. Juli 1829 in Argos zusammentrat, bekam es der absolutistisch schaltende Regierungspräsident Kapodistria von der Opposition offen zu hören, daß er nichts sei, als eine Kreatur Rußlands. Der Vorwurf aber war ungerecht, daß er sich zum König von Griechenland unter russischer Protektion machen wolle. Nein, er hatte nur die Aufgabe, mit den alten Municipalverfassungen Griechenlands gründlich aufzuräumen, um es dem Lande unmöglich zu machen, seine Freiheit auf einer soliden Basis aufzuführen. Als diese Arbeit radikal geschehen war, durften sich die Griechen mit russischer Erlaubniß einen König aus dem blau-weißen Vaterlande des Bieres an der Isar holen.

Die beiden letzten Artikel, 13 und 14, sind eher Weissagungen als Vorschristen. Sie geben an, was mit den Großmächten geschehen kann, wenn die kleineren Staaten entweder vernichtet oder annektirt und Rußlands Pläne zur Verstärkung seiner Macht geglückt sind. Es genügt darauf hinzuweisen, daß es gleichsam Rußlands tägliches Geschäft ist, einer Macht die Theilung der andern anzubieten. Als im Jahre 1801 Frankreich in Italien eingefallen war, schloß Rußland mit ihm ein Bündniß, um Europa den Frieden zu geben, und beide bestimmten, wie die depossedirten deutschen Fürsten in Deutschland entschädigt werden sollten. Das Bündniß war damals von keinem langen Bestand. Es wurde aber 1807 in dem Frieden zu Tilsit erneuert, und diese beiden Mächte regierten damals thatsächlich den ganzen europäischen Continent. Es bleibt noch, das Verhältniß Preußens zu Rußland zu betrachten. Preußen ist in diesem Augenblicke die einzige europäische Macht, welche, von Ehrgeiz verblindet, fest zu Rußland steht und so das eigene Verderben heraufbeschwört.

### Aus England.

London, den 24. Februar.

Vor einigen Tagen versammelte sich in Liverpool eine Konferenz unter dem Präsidium des Bürgermeisters, um die Gleichgültigkeit der Arbeiterklasse gegen den öffentlichen Gottesdienst in Erwägung zu ziehen. Das Resultat der Konferenz war der Rathschlag, daß von so vielen Kanzeln wie möglich gleichzeitig über den Gegenstand gepredigt, und die Arbeiter als Zuhörer eingeladen werden sollen. Die Beklagen der herrschenden Klassen über den gottlosen Unglauben der Arbeiter sind nicht neu, und alle Versuche, die bisher gemacht worden

sind, die Abtrünnigen in den Schooß der Kirche zurückzuführen, waren vergebens. In der letzten Generation wurden ungläubige Freidenker gerichtlich verfolgt und bestraft, in neuerer Zeit hat man versucht, sie zu überreden. Vor wenigen Jahren wurden an den langen Winter-Abenden die Domkirche von St. Paul und die Westminster-Abtei geöffnet, glänzend erleuchtet und die Arbeiter besonders eingeladen, in die Kirche zu kommen. Bischöfe fabrizirten besondere Predigten für die Arbeiter; die Arbeiter gingen, um einen leidhaftigen Bischof predigen zu hören — damit war die Sache abgemacht. Vorigen Winter unternahm es einige halbmußerische Raseweise in London, die Arbeiter auf den rechten Pfad zu lenken — mit demselben Erfolg. Die guten, zart- und vollhäutigen Philanthropen bedenken nicht, daß z. B. die 40,000 Arbeitslosen im Osten von London, denen man wöchentlich fünf Silber Groschen zu ihrem Lebensunterhalt verabreicht, nicht dieselbe Vorstellung über die weise Einrichtung der heutigen Zustände haben können, wie die 228,000 Personen, welchen ein Drittel des jährlichen Gesamt-Arbeitsertrags des vereinigten Königreichs (1,666,666,665 Thlr.) als Privateigenthum angehört. Die Gleichgültigkeit einer beherrschten Klasse gegen, oder der Zweifel an der Religion der herrschenden Klasse ist die erste sichtbare Manifestation einer sozialen Umgestaltung. Bevor die Unterdrückten die sozialen Einrichtungen selbst angreifen, sagen sie sich los von der Religionsformel, welche diese Einrichtungen heilig spricht. Das Christenthum war eine geistige Revolte gegen die antike Religion, welche die antike Sklaverei sanktionirte; die Kirchenreformation war eine geistige Revolte gegen die Religion des Feudalstaates und die Vorläuferin der modernen Bürgerherrschaft; der Unglaube der heutigen Arbeiter ist die geistige Revolte gegen die Kirche, welche die moderne Gesellschaft als eine von Gott verordnete vertheidigt, er ist der Vorläufer der Emanzipation des modernen Lohnarbeiters, der Umgestaltung der Produktionsweise. —

Im Jahre 1834 wurden sechs Ackerbau-Arbeiter zu sieben Jahren Transportation verurtheilt, weil sie einer Arbeiter-Verbindung beigetreten und einander gelobt hatten, nicht für den herabgesetzten Lohn — von 8 auf 6 Shilling — zu arbeiten. Dies geschah unter derselben liberalen Regierung, welche die Reformbill passirt hatte. Ein liberaler Richter sagte den Angeklagten: „nicht für das, was Ihr gethan habt, oder für Absichten, die euch bewiesen werden könnten, sondern um Andern als Beispiel zu dienen, verurtheile ich Euch zu sieben Jahren Transportation“. Eine Adresse an die Königin um Begnadigung wurde im Unterhause mit 237 gegen 153 Stimmen verworfen. Wie hat sich Alles in so kurzer Zeit geändert. Vor einigen Wochen bediente sich Herr Gladstone, der politische Abgott der liberalen und radikalen Bourgeoisie, einiger irrigen Ausdrücke in einer öffentlichen Versammlung; sogleich versammelten sich Delegirte verschiedener Gewerbe-Vereine (Trades' Unions), um Anstalten zu treffen gegen diese Ausdrücke zu protestiren. Eine Massen-Versammlung zu berufen, hätte große Geldkosten verursacht, man beschloß daher, ihn schriftlich zu Rede zu stellen. Die Korrespondenz führte zu einer Deputation, welche vorigen Dienstag Gladstone ihre Aufwartung machte, um sich gegenseitig über die irrigen Ansichten auszusprechen. Die Deputation bestand aus den Vertretern von mehr als vierzig Gewerbe-Vereinen. Wie es bei dergleichen Kontroversen gewöhnlich der Fall ist, trennte man sich nach zweistündiger Unterredung, ohne die vorhergehegte Meinung zu ändern. Man kam gegenseitig überein, daß sich die Diskussion auf folgende vier Punkte beschränken solle: 1) Beschränkung der Anzahl der Lehrlinge; 2) die Minimum-Rate des Arbeitslohnes; 3) Stückarbeit und über die gewöhnliche Zeit arbeiten;

4) Hemmung des Geschäfts durch die Eingriffe der Gewerbe-Vereine. Nachdem der Hauptwortführer der Deputation die Lichtseiten der verschiedenen Punkte, wie sie von den Delegirten im Voraus festgestellt und gedruckt worden, geschildert hatte, nahm Herr Gladstone das Wort. Zuerst gestand er, daß er sehr wenig von der Sache selbst wisse, daß ihm aber versichert worden sei von Leuten, die mehr wüßten u. s. w. Gegen Geschäftsbeschränkungen, welche die Erhaltung der Gesundheit bezwecken, hat er nichts zu sagen, auch läugnet er nicht, daß, wenn die Zimmerleute und die Maurer ihre Anzahl beschränken können, es ein Vortheil für die Zimmerleute und Maurer ist. Aber er „geht weiter“, „er muß das Wohl der Gesamtheit ins Auge fassen“. Die feinen Porzellanmaler von Staffordshire haben sich dagegen empört, daß Weiber beschäftigt werden. „Allerdings“, sagt er, „kann man behaupten, daß das Weib dem Manne Konkurrenz macht, und daß Männer außer Arbeit gesetzt werden. Meine Antwort ist: die Weiber sind keine abgesonderten Wesen, sie sind die Ehefrauen und die Töchter der Männer, und wenn sie wohlfeiler arbeiten können als die Männer, so ist es zum Vortheil der ganzen Klasse. Dasselbe ist der Fall mit den Jungen.“ Wenn also die Weiber wöchentlicher für 12 oder 14 Sh. dieselbe Arbeit liefern wie früher die Männer für 24 oder 25 Sh., so hat „die ganze Klasse“ gewonnen. Wer steckt den Unterschied in die Tasche? Die Arbeiter insgesamt? Sie brauchen kein feines Porzellan, und da sich ihre Einnahme, wenigstens in jeder Porzellanmalerfamilie, die nur ein arbeitsfähiges Weib zählt, um 10 Sh. vermindert hat, so kann sie auch kein grobes mehr kaufen. Kann der Mann über Nacht in einem anderen Geschäft Arbeit finden, oder ist er fähig, in einem anderen Geschäft zu arbeiten? Wenn er malende Weiber in seiner Familie hat, so wird er zu Hause bleiben müssen, um die Hausarbeit zu verrichten, oder nicht, so muß er für Weiberpreise arbeiten oder der Welt auf einmal Adieu sagen, die Kapitalisten-Klasse aber zieht den Gewinn. Ueber die bereits in den Fabrik-Distrikten etablierte cooperative Produktion sprach sich Gladstone sehr günstig aus. Wieder ein Fortschritt. Noch vor zwanzig Jahren waren Sozialisten und Kommunisten — die Stifter der heutigen cooperativen Gesellschaften — verabscheuungswürdige Ungeheuer, erst in ganz neuester Zeit sind sie zu Ehren gelangt. Nachdem der Exminister noch einige Fälle erwähnt, wo sich die Handwerker dagegen gestraubt, daß gewöhnliche Tagelöhner die Arbeit der Handwerker verrichten sollten, schloß er mit folgenden Worten: „Ich nehme mir nicht heraus zu sagen, in wie weit diese Eingriffe und Widerspannigkeiten der Arbeiter im Schwang sind. Ich habe über so viele Sachen nachzudenken, daß ich über diesen Punkt ganz unwissend bin.“ Lawrence, ein Schneider, sagte, daß die Londoner Schneider das schlagendste Beispiel lieferten, wozu die Unbeschränktheit und die Abwesenheit von Vereinigung unter den Arbeitern selbst führe. Von 32,000 Schneidern seien wenigstens 15,000 in so tiefe Armuth und solches Elend versunken, daß sie geistig und körperlich demoralisirt wären.

Herr Gladstone fragte den Redner, auf welche Weise Gewerbe-Vereinigungen die Lage solcher Personen verbessern würden?

Lawrence: „Durch die Beschränkung der Arbeitsstunden und Erhöhung des Arbeitslohnes.“

Herr Gladstone: „Würden Sie die erhöhten Produktionskosten durch eine Erhöhung der Waarenpreise ausgleichen oder sie vom Profit des Arbeitgebers abziehen?“

Lawrence: „Von dem Profit des Arbeitgebers müssen sie genommen werden. Die cooperative Produktion liefert ihre

Baaren zu denselben Preisen wie die Kapitalisten und kann guten Lohn bezahlen."

Es ist notorisch, daß die Londoner Kleinhändler die größten Waaren- und Gewichts-Verschäler von der Welt sind und sich noch obendrein hohe Preise bezahlen lassen. Die Regierung kümmert sich um die Waaren-Verschäler nur in so weit, als die Accise dadurch umgangen wird. Wenn z. B. ein Tabakhändler gebeiztes See gras für Tabak verkauft, so wird er nicht deshalb gerichtlich verfolgt, weil er seine Kunden betrogen, sondern weil er eine steuerfreie Substanz als besteuerten Tabak verkauft. Die Konsum-Vereine rühmen sich, volles Gewicht und unverfälschte Waaren zu denselben oder billigeren Preisen zu liefern wie die Kleinhändler. So lange nur arme Arbeitergruppen sich mit Konsum-Vereinen abgaben, ließ man sie unbeachtet. Seitdem aber die Beamten in London einen solchen Verein gegründet, ist das kleine Krämervolk ärgerlich geworden. Einige haben Herr Gladstone angefleht, dem Uebel zu steuern. Sie sagen in einem Brief:

„Unser Zweck ist, Ihre Aufmerksamkeit auf das Wachsthum der cooperativen Bewegung zu lenken, welche gegenwärtig einige Besorgniß bei den Kleinhändlern erregt und ihren Interessen nachtheilig ist. Der Konsum-Verein der Beamten, theils durch die Notizen in den Zeitungen, hauptsächlich aber durch die Betheiligung hochgestellter Personen, verursacht viel Aergerniß (!) Während die Beamten auf Kosten des Landes erhalten werden, thun sie ihr Möglichstes, den Kleinhändler zu vernichten. Viele blicken auf Sie, in der Hoffnung, daß Sie Ihren Einfluß geltend machen möchten, um diese Tendenz zu corrigiren, die mehr als irgend eine Bewegung Klasse gegen Klasse hegt.“

Herr Gladstone glaubt nicht, daß die kooperativen Versuche das Grund-Gesetz der Gesellschaft umstoßen und eine so wichtige Klasse von Menschen wie die Kleinhändler beseitigen werden, er empfiehlt eine bestimmte Kreditzeit, Diskonto für baare Bezahlung und Zinsenaufschlag nach Ablauf der Kreditzeit als Erlösungsmittel. Die Konsum-Vereine, meint er, seien nur eine vorübergehende Erscheinung, sie bewiesen aber, daß der Kleinhandel nicht betrieben werde, wie es sich gebührt.

Gladstone, der Mann, der die indirekten Steuern auf alle Sachen, die nichts einbrachten, abgeschafft hat, andere so modifizirt, daß sie jetzt mehr einbringen, und noch nicht einmal als Prinzip anerkannt hat, daß die direkte Einkommensteuer die einzig ökonomisch richtige, ist den Spießbürgern der große Erlöser der Gegenwart.

### An die Mitglieder der internationalen Arbeiter-Association.

Genossen! Da der Generalrath der internationalen Arbeiter-Association beabsichtigt im Laufe des Frühjahrs einen Bericht über den gegenwärtigen Zustand der arbeitenden Bevölkerung Europa's zu erlassen, so werden die korrespondirenden Sekretäre der Sectionen ersucht über alles, was den Zustand und die Lage der Arbeiter ihrer respectiven Localitäten betrifft, zu berichten. Die Sekretäre, und die Gewerbe-Vereine werden ersucht folgende Fragen zu beantworten:

- 1) Der Name des Vereins.
- 2) Die Anzahl seiner Mitglieder.
- 3) Welches sind die gebräuchlichen Stunden der Arbeit?
- 4) Was ist der Betrag des gewöhnlichen Verdienstes?
- 5) Ist die Beschäftigung beständig oder schwankend?

6) Welches ist die Anzahl derer, die während der letzten drei Monate außer Arbeit waren?

7) Sind diejenigen, welche in Arbeit sind, voll beschäftigt?

8) Hat eine Erhöhung oder Erniedrigung des Arbeitslohnes innerhalb der letzten fünf Jahre stattgefunden?

9) Sind Versuche der cooperativen Production in dem Geschäft gemacht worden und mit welchem Erfolg?

Außer der Beantwortung obiger Fragen wird jedem anheim gestellt, irgend interessante oder wichtige Thatsachen hinzuzufügen. Sämmtliche, für den Bericht bestimmte Mittheilungen müssen spätestens vor Ablauf des Monats März eingesandt werden.

In der Absicht, der großen Mehrheit der Mitglieder der Association eine Gelegenheit zu geben, ihre Meinung unverkennbar über mehrere Tagesfragen auszudrücken, empfahl der letzte Kongreß Ihnen folgende Fragen zur Berathung vorzulegen, und wir bitten Sie, uns Ihre Konklusionen in Betreff derselben sobald wie möglich mitzutheilen.

1) Die Ausführbarkeit, ein System des Credits und des cooperativen Austauschs unter den verschiedenen Arbeiter-genossenschaften zu organisiren.

2) Welches sind die Wirkungen des Gebrauchs von Maschinen auf die Lage der arbeitenden Klasse?

3) Die Rathsamkeit, ein definitives Programm für die technische Ausbildung und eine umfassende Schulbildung der Kinder festzustellen.

4) Ist es von Nutzen, daß der Boden, die Minen, die Kanäle, die Hochstraßen, die Eisenbahnen u. das Eigenthum von Privatleuten sind, und für deren persönlichen Gewinn exploirt werde, oder würde es zweckdienlich sein, dieselben in Nationaleigenthum zu verwandeln und im Interesse der Gesamtheit auszubenten?

5) Die Politik der Arbeitseinstellungen, und die Rathsamkeit, auf die Errichtung von Schiedsgerichten zu dringen.

Von den Antworten, welche auf diese Fragen ertheilt werden, wird es abhängen, ob irgend eine in das Programm des nächsten Kongresses, welcher sich am ersten Montag des Monats September in Brüssel versammeln soll, aufgenommen wird.

Im Auftrage des Generalraths der internationalen Arbeiter-Association.

Robert Shaw, Vorsitzender

J. George Eccarius, General-Sekretär.

16. Castle Street East, W. London

im Februar 1868.

### Vermischtes.

Unsere Notiz, betitelt: ein braver Gensdarm (Nr. 7 des demokratischen Wochenblattes) hat den Stadtrath von Meerane zu einer Zuschrift an uns veranlaßt, aus welcher hervorgeht, daß der einzige in Meerane stationirte Gensdarm mit jenem braven Gensdarm nicht eine und dieselbe Person sein kann. Unser Correspondent muß also eine Verwechslung begangen haben. Ob die Armenverpflegung in Meerane ganz so vortreflich ist, wie es in der Zuschrift heißt, das werden wir nächstens zu beurtheilen in der Lage sein. (Romischerweise findet der Stadtrath sich durch unsere Notiz beleidigt und droht „eventuell mit weiteren Schritten.“ Nun, das ist seine Sache.)